

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1919)
Heft: 4

Artikel: Eine Anregung
Autor: M.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wahl nötig wäre. Diese Stimmen sind aber für die Partei nicht verloren; indem sie zugleich der Liste gegeben sind, tragen sie dazu bei, der Partei noch mehr Vertreter zu schaffen, die dann auch mit geringerer Stimmenzahl durchkommen. Fast unmöglich ist es bei diesem Listenverfahren, einen parteilosen „Wilden“ in eine Behörde zu wählen. Keine Liste wird seinen Namen aufnehmen wollen, und ohne Liste kann er keine Stimmen erhalten. Da oft besonders fähige und selbständig denkende Männer es verschmähen, sich einer Partei bedingungslos zu verschreiben, so wird der Proporz solche Namen mit eigener Ueberzeugung aus unserer Volksvertretung ausschalten. Dies scheint mir der einzige schwere Mangel des Systems zu sein.

Eine Schwierigkeit praktischer Natur bildet ein Satz des Initiativbegehrens: „Jeder Kanton und jeder Halbkanton bildet einen Wahlkreis“. Jede Partei eines ganzen Kantons muss also eine gemeinsame Liste aufstellen. Nun haben wir aber fünf Kantone (Uri, Obwalden, Nidwalden, Zug, Appenzell I.-Rh.), deren Bevölkerungszahl nur ausreicht, um einen einzigen Nationalrat zu stellen. Dieser „Eine“ kann unmöglich im Verhältnis zu den bestehenden Parteien zusammengesetzt sein, sondern er wird von der stärksten Partei gewählt wie im Majorz. Noch grössere Misstände werden sich in grossen Kantonen mit wenig homogener Bevölkerung ergeben. Jede Partei des Kantons Bern z. B. wird eine Liste mit 32 Nationalräten für den Kanton aufstellen. Nach der Wahl werden jeder Partei die Vertreterzahl berechnet und dann innerhalb der Partei die Namen mit den meisten Stimmen bezeichnet. Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass besonders mit der Möglichkeit des Kumulierens die Kandidaten des dicht bewohnten Mittellandes mehr Stimmen auf sich häufen werden, als die des weniger bevölkerten Jura oder Oberlandes. Innerhalb der Parteien werden also gewiss die Vertreter aus der Stadt Bern und Umgebung die weniger bekannten, abseits wohnenden ausstechen. Um endlose, unfruchtbare Reibereien zu vermeiden, sollte ein Kanton wie Bern in mindestens drei Wahlkreise geteilt sein. Vorläufig müssen wir uns auf die Revision dieses Verfassungsartikels vertragen!

Die letzte Frage ist die des Stimmzwanges. Um wirklich jeder Partei ihre richtige Vertretung zu sichern, ist es nötig, dass auch das letzte Mitglied der Partei wähle. Dies könnte annähernd mit dem Stimmzwang erreicht werden. Gegen den Stimmzwang wehren sich aber alle Bürger, die ein stark individuelles Gefühl besitzen und sich nicht in ihrer persönlichen Freiheit beschränken lassen wollen. Gegen den Stimmzwang wehren sich ferner die Parteien, welche ohnehin ihrer Wähler sicher sind, indem sie durch eigene Organisation den Stimmzwang bereits besitzen. Ihnen ist nicht daran gelegen, dass die anderen Parteien von Gesetzes wegen zur Urne getrieben werden. Da die Aufnahme des Stimmzwanges starke Kontingente veranlassen könnte, das Proporzgesetz überhaupt zu verwerfen, so ist es besser, diese Frage jetzt aus dem Spiele zu lassen, und sie, wenn es sich als wünschenswert erweist, einmal als selbständiges

Gesetz wieder aufzuwerfen. In diesem Sinne wurde vom Ständerate der Stimmzwang abgelehnt. Hoffen wir jedoch, dass jeder stimmberechtigte Bürger nicht diesen Zwang durch ein Gesetz abwarten, sondern in sich selbst jenen höheren Imperativ fühlen wird, die Bürgerpflicht zu erfüllen, die ihm aus seinem Bürgerrechte erwächst.

A. L.

Eine Anregung.

Obwohl das Morden zwischen den Völkern seit etwa vier Monaten aufgehört hat, kann man doch nicht sagen, dass der Krieg beendet sei. Noch sind die Begehren der Nationen heftig, ist der Hass, der die Welt beherrscht, zu gross und fehlt es am richtigen Verständnis von Volk zu Volk. Es braucht eine neue, in einem andern Geist erzogene Generation, die, befreit von nationalistischen und chauvinistischen Vorurteilen, den Grundsatz menschlicher Solidarität erkennt, der jeder Erziehung zugrunde liegen sollte, um auf immer das bluttriefende Wort Krieg aus dem Buche der Menschheit zu tilgen.

Diese Frage — die heute wichtigste und aktuellste — wurde an der Frauenkonferenz in Bern, 11. und 12. Februar, behandelt, an der neun Länder vertreten waren, die meisten frühere Feinde. Die Frage einer Reform der Erziehung wurde von Frau Andrée Jouve dargelegt, die hervorhob, wie sehr der Krieg teilweise aus einem Mangel an gegenseitiger Kenntnis der Völker und feindseligen Gefühlen, die durch den Unterricht in den Staatsschulen in selbstischem Interesse an Beute und Eroberungen künstlich gezüchtet wurden, entstanden ist. Ohne soweit gehen zu wollen, muss doch zugegeben werden, dass vielfach in den Schulen den Kindern unter dem Deckmantel von Ehre und Vaterlandsliebe gewohnheitsmässig Hass und mörderische Leidenschaften eingepflanzt wurden, weil man das immer so gemacht hatte und dieser Unterricht durch die Jahrhunderte fortgeführt und dadurch gewissermassen geheiligt worden war, wenn nun auch seine Resultate sich in den letzten Jahren als die denkbar entsetzlichsten erwiesen haben. Die Schule bildet einen Teil der Maschinerie des modernen Staates, deren er bedarf, um seine Truppen zu bilden. Denn die Verhältnisse haben sich geändert: früher war der Staat für das Volk da — zu seinem Schutze, für seine Wohlfahrt —, heute ist das Volk für den Staat da, hat seinen Zwecken zu dienen. Diese Umkehrung der Rollen hat sicher zum grossen Teil Schuld am Ausbruch des Krieges gehabt, wenn sie nicht die Hauptursache war. Die Staaten, vertreten durch ihre Häupter, sind sozusagen Personen geworden, die sich als Rivalen, Konkurrenten gegenüberstehen. Durch ungeheure Heere gestützt und mit den grausamsten und raffiniertesten Zerstörungswerkzeugen ausgestattet, musste diese Rivalität zum Kriege führen. Schon in der Schule beginnt der Staat die Erziehung seiner Truppen, die dann knechtisch, ohne Ueberlegung — man hat in ihnen die Tätigkeit zu selbständigem Denken nicht entwickelt — sich zur Schlachtbank führen lassen, von grossen Worten

verleitet, die ihre Bedeutung verloren haben und nur noch leere Hüllen einer vergangenen Zeit sind.

Wenn man eine bessere Zukunft vorbereiten will, ohne Kriege, also ohne Menschenschlächtereien — denn es ist vorauszusehen, dass, da die Menschheit noch nicht vollkommen ist, eine Periode von Kämpfen folgen wird, die wohl weniger blutig, weniger grausam, aber nicht weniger bitter sein werden als die Kriege —, muss der konventionelle, veraltete Unterricht reformiert werden, der auf der einen Seite von jungen, mit kriegesischen und eroberungslustigen Traditionen beschwerten Staaten absichtlich, auf der andern einfach aus Gewohnheit, im Andenken an eine ruhmvolle Vergangenheit, was auch gefährlich werden kann, aufrecht erhalten wird. Frau Jouve, die schon zahlreiche Arbeiten dieser Frage gewidmet hat, meint, da der Unterricht in den Staatsschulen zu nationalistisch sei, sollte unabhängig vom Staate ein internationaler, pazifistischer Unterricht geschaffen werden, der auf eine breite menschliche Grundlage gestellt würde. Zum Anfang sollten Seminarien gegründet werden mit Austausch von Lehrkräften aus den verschiedenen Ländern und Reisestipendien, um die Kenntnis anderer Länder zu erleichtern und ermöglichen. Das würde dann der Gründung einer oder mehrerer gemischten Musterschulen rufen, die gegen den Geist des Hasses und nationalistischer Einseitigkeit ankämpfen und den Kindern durch Unterricht in fremden Sprachen und Literaturen auch Einblicke in die Lebensweise anderer Völker gäben und so durch eine wahrhaft humane Erziehung zur Versöhnung der Völker beitragen.

Diese Anregung fand Ausdruck in folgender Resolution: „Die Internationale Frauenkonferenz, versammelt in Bern den 11. und 12. Februar 1919, erkennt in der Reform und Reorganisation der Schule und überhaupt der Erziehung das hauptsächlichste Mittel, um das gegenseitige Verständnis der Völker zu fördern und den zwischen ihnen herrschenden Hass zu zerstören.

Sie wünscht, dass diese Frage auf dem nächsten internationalen Frauenkongress gründlich behandelt werde und ernannt schon jetzt eine Kommission, die unverzüglich die vorbereitenden Aufgaben in Angriff zu nehmen hat.“

Diese Kommission, bestehend aus Frau Andrée Jouve (Frankreich), Lida Gustava Heymann (Deutschland), Dr. Nadja Ornstein (Oesterreich), Marguerite Gobat (Schweiz), bittet alle, die sich für eine Unterrichtsreform in obigem Sinne interessieren, Anregungen und Vorschläge an die Adresse von „Aujourd'hui“, 39 Avenue Ernest Pictet, Genf, zu richten.

Es ist nicht zu zweifeln, dass die Sache in allen Ländern warme Unterstützung finde. Denn sie gehört zu denen, von welchen die Zukunft und der Fortschritt der Menschheit abhängt: freie Männer und Frauen bilden, deren Entwicklung und Bildungsmöglichkeiten durch nichts beschränkt werden. „Das Untertauchen des Individuums in den Abgrund der kollektiven Seele“, sagt Romain Rolland, „das ist das Uebel, für das die Erziehung zum Teil verantwortlich ist, und gegen welches sie an-

kämpfen muss. Freier Geister, fester Charaktere bedarf die Welt heutzutage vor allem. Die Welt, die auf den verschiedensten Wegen zum Herdenleben führt oder zurückkehrt: leblose Unterwerfung unter die Kirchen, intoleranter Traditionalismus der Parteien, despotische Vereinheitlichung der Sozialismen.“ M. G.

Deutschösterreich im Zeichen des Frauenwahlrechtes.

(Schluss)

Dass so bewährte und auch ausserhalb den Kreisen der Frauenbestrebung allgemein geschätzte Frauen, wie Hertha von Sprung, die Vorsitzende des Bundes österreichischer Frauenvereine, und Ernestine von Fürth, die Vorsitzende des Deutschösterreichischen Vereines für Frauenstimmrecht, in der Reihe der weiblichen Mitglieder der künftigen Nationalversammlung fehlen werden, ist überaus bedauerlich. Beide Frauen mussten als Exponentinnen führender Organisationen infolge der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien eine Kandidatur für eine dieser Parteien ablehnen. Desto eifriger sind sie um den Zusammenschluss der sich zu einem gemeinsamen Ziel bekennenden, aber getrennt marschierenden Parteien bemüht. Ihrem Wirken, das unermüdlich das Einigende der verschiedenen Gruppen heraushebt, um daraus ein festes, unzerstörbares Band um das fortschrittliche Bürgertum zu schlingen, kommt der Hauptanteil an dem Erfolge zu, dass diese Parteien in letzter Stunde eine Koppelung ihrer Listen vereinbarten. Durch diese Koppelung erscheint die Gefahr abgewendet, dass die auf die freiheitlich-bürgerlichen Listen abgegebenen Stimmen verloren gehen. Das Kräfteverhältnis dieses Bürgertums kann gegenüber den reaktionären und den sozialdemokratischen Parteien zum Ausdruck gebracht werden. Die mit einander koppelnden Parteien haben die auf sie entfallenden Mandate gleichfalls nach dem Verhältnis der für jede einzelne von ihnen abgegebenen Stimmen aufzuteilen. Hoffentlich gelingt es diesem ersten praktischen Erfolg möglichst bald, die vollständige Verschmelzung der Parteien wenigstens für die Zeit der Wahlkämpfe anzureihen, stehen uns doch noch in den kommenden Monaten die Wahlen für die Landesversammlungen, die Gemeinden und Bezirke bevor, weshalb mit dem Aufgebot aller Energien weiter daran gearbeitet werden muss, dass die Parteien festgefügt und geschlossen, nicht mit dem Wirrwar mehrerer Listen, sondern mit einheitlicher Listenführung auf den Plan treten.

Eines der Ideale, die der Frauenstimmrechtsbewegung zugrunde liegen, umschliesst die Hoffnung, dass die Frau durch ihren Eintritt in die politische Arena das öffentliche Leben mit dem Geist der Verständigung, der Versöhnung, der gegenseitigen Duldung und Achtung befruchtet wird. Möge es uns Deutschösterreicherinnen, die wir an einem geschichtlichen Wendepunkt, der das Werden einer neuen Menschheitsepoche einzuleiten scheint, gleichberechtigte Bürgerinnen unseres Staates geworden sind, vergönnt sein, den Beweis zu erbringen, dass dieses